

## **DBSH-NRW: Geplantes Aus von kombabb ist ein Schlag gegen Inklusion und Bildungszugang**

Mit großer Sorge und deutlicher Kritik nimmt der **Deutsche Berufsverband für Soziale Arbeit – Landesverband NRW (DBSH NRW)** zur Kenntnis, dass die Arbeit des **kombabb-Kompetenzzentrums NRW** nach aktuellem Stand ab dem **01.07.2025** nicht weiter vom **Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales NRW (MAGS NRW)** gefördert werden soll. Grund dafür seien geplante **Haushaltskürzungen**.

Die drohende Einstellung der Förderung bedeutet das faktische **Aus für eine über 17 Jahre gewachsene, hochspezialisierte und in Deutschland einzigartige Beratungsstelle**, die **Studieninteressierte und Studierende mit Behinderungen oder chronischen Erkrankungen** landesweit unterstützt.

### **Ein eklatanter Rückschritt für Teilhabe und Inklusion**

Für den DBSH-NRW ist diese Entscheidung ein **struktureller Affront gegen die Prinzipien sozialer Gerechtigkeit und inklusiver Bildung**. Sie trifft Menschen, die bereits im Bildungssystem mit erheblichen Barrieren konfrontiert sind – strukturell, organisatorisch, sozial und psychisch.

Die Beratungsarbeit von kombabb ist ein Paradebeispiel für **niedrigschwellige, fachspezifische und parteiliche Unterstützung** im Sinne der Sozialen Arbeit: hochschulunabhängig, individuell und inklusionsorientiert. Ihre Streichung reißt eine **Versorgungslücke**, die weder durch bestehende Hochschulangebote noch durch allgemeine Beratungsdienste geschlossen werden kann.

### **Soziale Arbeit fordert politische Verantwortung ein**

Das geplante Ende von kombabb steht sinnbildlich für eine **gefährliche Entsolidarisierung gegenüber marginalisierten Gruppen**. Die Landesregierung betont regelmäßig die Bedeutung inklusiver Bildung, verweigert aber gleichzeitig die strukturelle Absicherung eines der zentralen Angebote in diesem Bereich.

Soziale Arbeit – und mit ihr der DBSH-NRW – erkennt hierin nicht bloß ein haushaltspolitisches Versäumnis, sondern ein **deutliches sozialpolitisches Versagen**. Inklusion und gleichberechtigter Bildungszugang dürfen **nicht dem Rotstift zum Opfer fallen**.

### **Der DBSH-NRW fordert daher:**

- Die **sofortige Rücknahme der geplanten Fördermittelstreichung** für das kombabb-Kompetenzzentrum NRW.
- Eine **langfristige strukturelle Absicherung** des Angebots, um Beratungszugänge für Studierende mit Behinderung oder chronischer Erkrankung verlässlich zu gewährleisten.
- Eine **öffentliche Erklärung des MAGS NRW**, wie diese Entscheidung mit den Verpflichtungen der UN-Behindertenrechtskonvention und dem Anspruch auf chancengleiche Teilhabe am Hochschulsystem vereinbar sein soll.

- Ein klares Bekenntnis der Landesregierung zu **inklusive Bildungspolitik**, das sich nicht nur in Reden, sondern in konkreten Förderentscheidungen widerspiegelt.

### **Solidarität mit den Betroffenen und Fachkräften**

Als Berufsverband der Sozialen Arbeit steht der DBSH-NRW **solidarisch an der Seite der betroffenen Studierenden, des kombabb-Teams und aller Fachkräfte**, die sich tagtäglich für Bildungsgerechtigkeit und Teilhabe einsetzen. Wir lassen nicht zu, dass der Zugang zu Studium und Qualifizierung von Haushaltszyklen abhängig gemacht wird.

**Inklusion ist Menschenrecht. Beratung ist Teilhabe. Und Teilhabe ist nicht verhandelbar.**